

25. Aug. 1951

Politik in der Kirche

Unter diesem Titel veröffentlicht im «Bund» Alt-Chefredaktor Dr. h. c. E. Schürch einen Beitrag zu der durch die Veröffentlichung des Briefwechsels Feldmann—Barth aufgeflammten Diskussion über das Problem Kirche und Staat. Wir geben ihn hier in einer Zusammenfassung wieder.

Schürch zeigt zuerst auf, daß sich in der aktuellen Auseinandersetzung zwischen dem bernischen Staat und einer einflußreichen Richtung der evangelisch-reformierten Landeskirche der uralte Gegensatz des beschaulichen, weltabgewandten und des auf die Welt gerichteten, aktiven Christentums stellt. In einem historischen Rückblick wird dann dargestellt, wie sich die Geschichte unserer Landeskirche entwickelt hat zu der Erkenntnis, daß sich eine umfassende Glaubensgemeinschaft nur dann sichern läßt, wenn man die persönliche Freiheit in Sachen des Glaubens achtet und dogmatische Härten, zu denen sich einzelne Richtungen bekennen, nicht als Gesetz für die ganze Kirche zuläßt. Die Forderung nach Toleranz im bernischen Kirchengesetz ist so aus der Entwicklung der Kirche selbst zu erklären. Die Entfremdung der religiösen Kreise vom Staat, bewirkt vor allem durch den Pietismus, erzeugte auch bei uns einen Mangel an Verständnis für die Aufgaben und die Lebensbedingungen des Staates. Auch bei Barth findet sich heute noch viel betonter Widerwille und viel Unkenntnis gegenüber der staatlichen Wirklichkeit.

Die Spannung zwischen der Kirche und dem Staat ist unumgänglich, wenn man die beiden nicht ganz trennt oder einen Teil dem andern unterordnet. Unser Recht sucht zwischen der völligen Verschmelzung von Staat und Kirche und der völligen Trennung einen Mittelweg. Daß sich in der jüngeren Vergangenheit eine aktivistische Richtung der Kirche der sozialen Probleme annahm und dabei eine energische Gesellschaftskritik entwickelte, war zeitgemäß und lag im Auftrag der Verkündigung des Evangeliums. Man darf aber nicht so weit gehen und als eine Schande ausrufen, was unsere Landesregierung zum Schutze der staatlichen Gemeinschaft dekretiert, wie dies in bezug auf das Anlegen von Vorräten geschehen ist.

Nach dieser historischen Skizzierung der Problemstellung kommt der Verfasser zu einer interessanten persönlichen Stellungnahme zum aktuellen Streit zwischen Kirchendirektion und Anhängern der Richtung Barths, deren wichtigste Abschnitte hier folgen:

Beispiele von nicht ganz vernünftiger theologischer Kritik an politischen Dingen dürfen aber nicht dazu verführen, Kanzelrednern das politische Gebiet sperren zu wollen. Die Kirche hat, wie angedeutet, einen Auftrag, der neben Verkündigung, Gebet und Dank auch das Bußpredigen umfaßt. Der Staat aber hat es nötig, daß sein Tun und Lassen immer wieder vom Evangelium her beleuchtet wird. Unter Umständen ist es sogar nötig, daß die Kirche bei den politischen Gewalten Ärgernis erregt. Wie sich aus den von der Staatskanzlei veröffentlichten Dokumenten ergibt, will die bernische Regierung das «Wächteramt der Kirche» nicht antasten. Aber es wird auf die Verantwortlichkeit und auf die Eignung der Wächter Gewicht gelegt. Namentlich ist die wirklich auffallende «Schützenhilfe», welche der militante Kommunismus in mancherlei nicht ganz durchsichtigen Äußerungen, auch antimilitaristischen, des Barthschen Kreises gefunden hat, geeignet, Verwirrung in der geistigen Haltung des Volkes zu stiften. Es genügt nicht, daß solche Wirkungen «nicht gewollt» waren. Wer öffentlich, und gar noch im Namen eines höhern Auftrages reden will, der hat auch Folgen voraussehen, die jedem halbwegs politisch Erfahrenen selbstverständlich sind.

Unser Volk hat bei allen Fehlern, die ihm vorzuhalten Sache der Kirche ist, durchschnittlich mehr politischen Verstand, als einige Lehrmeister glauben oder selber besitzen. Es weiß auch von einigen Mängeln und hat aus deren Folgen doch einiges gelernt. Man vergleiche nur die beiden letzten Kriegs- und Nachkriegszeiten. Es ist einfach nicht wahr, daß in bezug auf soziale Gesinnung das Beispiel, das uns weiterführen kann, in Rußland zu suchen wäre!

Die Zeitnot hat die kirchlichen Unstimmigkeiten wie alles, was den Zusammenschluß des Abendlandes erschwert, unheimlich aktuell gemacht. Wir haben entdeckt, daß unsere ganze Kultur, auch die politische und soziale, ohne das Christentum undenkbar wäre. Heute, da sie schwer bedroht ist, muß ihre Grundlage im Geiste des Gemeinsamen und nicht in sektiererisch betonten Unterschieden gesucht und neu begriffen werden. Voraussetzung ist freilich, daß man die Gefahr sieht und weiß, woher sie kommt. Wer sie nicht sehen will, dem können wir nicht helfen, und er uns noch viel weniger.